presse

Begrenzung der Banker-Boni kann nur der Anfang sein

Zur Einigung zwischen dem EU-Parlament und den EU-Regierungen über eine Begrenzung der Banker-Boni erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß:

Die Einigung auf EU-Ebene, Banker-Boni zu deckeln, ist ein großer Erfolg für das Europäische Parlament. Das sollte aber erst der Anfang sein, denn es bedarf weiterer Anstrengungen, falsche Anreizsysteme bei der Bezahlung, die maßgeblich zur Finanzkrise beigetragen haben, zu bekämpfen. In Zukunft sollte daher die Bezahlung risikosensitiver werden. Je höher die eingegangenen Risiken, desto geringer dürfen Boni sein.

Der nächste Schritt muss sein, gegen exzessive Gehaltsauswüchse auch außerhalb der Finanzbranche vorzugehen. Die Koalition will hierzu nicht nur die Mitbestimmung aushebeln, sondern die Entscheidung über Gehälter von Vorständen in die Hände von Hedgefonds und anderen Finanzinvestoren legen, die selbst Treiber dieses Systems sind. Besser wäre es, die (mitbestimmten) Aufsichtsräte durch gesetzliche Vorgaben in die Pflicht zu nehmen, ein angemessenes Verhältnis von Durchschnittsverdienst und Vorstandsgehalt herzustellen.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER THOMAS OPPERMANN, MDB **REDAKTION** JOHANNES SCHWARZ
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGS FRAKTION